



Ausschuss für Schule und Bildung

91. Sitzung (öffentlich)

10. März 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:01 Uhr bis 12:45 Uhr

Vorsitz: Kirstin Korte (CDU)

Protokoll: Benjamin Schruff

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Schulsozialarbeit in NRW neu strukturieren und Finanzierung dauerhaft sicherstellen!	6
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/10640 – Gespräch mit sachverständigen Gästen (<i>s. Anlage 1</i>)	
2	Gesetz zur Änderung des Kunsthochschulgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Hochschulbereich	21
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/11685 Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/12764	

Ausschussprotokoll 17/1280 (Anhörung vom 20.01.2021)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

3 Schülerinnen und Schülern sowie ihren Eltern eine Perspektive geben – mehr pädagogische Entscheidungen den Schulen übertragen und aus der Pandemie gut durchstarten

23

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12594

In Verbindung mit:

Endlich ein wirksames und nachhaltiges Unterstützungsprogramm für mehr Bildungsgerechtigkeit in NRW!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12601

– Gespräch mit sachverständigen Gästen (*s. Anlage 2*)

4 Entwurf einer Verordnung zum Englischunterricht in der Grundschule und zur Änderung von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen gem. § 52 Schulgesetz NRW

53

Vorlage 17/4658
Drucksache 17/12695 (Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt der Vorlage mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

- 5 Förderung von Investitionsvorhaben für technische Maßnahmen zum infektionsgerechten Lüften in Schulen (FRL-Luft)** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])* **56**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4789
- Wortbeiträge
- 6 Schulbetrieb in Pandemiezeiten** *(fortlaufende Berichterstattung auf Wunsch der Landesregierung [s. APr 17/1275])* **57**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 7 Verschiedenes** **62**
- a) **Zielprogramm QUA-LiS NRW** **62**
- b) **Außerplanmäßige ASB-Sitzung** **62**

* * *

2 Gesetz zur Änderung des Kunsthochschulgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Hochschulbereich

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11685

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12764

Ausschussprotokoll 17/1280 (Anhörung vom 20.01.2021)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Wissenschaftsausschuss – federführend –, den Haushalts- und Finanzausschuss, den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses, den Unterausschuss BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen, den Ausschuss für Kultur und Medien sowie den Ausschuss für Schule und Bildung am 11.11.2020)

Petra Vogt (CDU) erläutert, dass man mit vorliegender Gesetzesinitiative die Selbstverwaltung und Eigenständigkeit der Kunst- und Musikhochschulen stärken und die Qualität von Studium und Lehre verbessern wolle. Außerdem bestehe wegen einer Maßnahme der KMK, der man sich als Nordrhein-Westfalen anschließen wolle, zusätzlicher Regelungsbedarf.

Angesichts weiterer dem Wissenschaftsausschuss vorliegender Änderungsanträge plädiert **Jochen Ott (SPD)** dafür, im ASB nicht zu votieren.

Franziska Müller-Rech (FDP) macht auf den Wunsch der Hochschulpolitiker nach einem Votum der Schulpolitiker aufmerksam. Auch wenn in den Zuständigkeitsbereich des ASB lediglich eine eher randständige Regelung falle, möge man daher nichtsdestotrotz votieren.

Helmut Seifen (AfD) gibt an, fast alle Aspekte des Gesetzentwurfs zu befürworten, allerdings gebe es ein auch in der Anhörung aufgezeigtes tiefgehendes und viele Personen betreffendes Problem bezüglich der Rolle bzw. Stellung der Lehrbeauftragten, weshalb er den Gesetzentwurf als Ganzes ablehnen müsse.

Sigrid Beer (GRÜNE) kritisiert den Gesetzentwurf dafür, vollkommen an den Bedürfnissen der Betroffenen vorbeizugehen, das betreffe in der Tat insbesondere die Lehrbeauftragten. Der Änderungsantrag hingegen komme immerhin den Standorten zugute.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.